

gland und die
in sie Gemäde
stellen.
litter behauptet,
die Sozialrevo-
nen Lenin ver-
gewesen seien.
Moskau. Die
vom russischen
Bild der
Welt, ist durch
seinen berühmt
lich entweder
durch das goldene
oder.
osten. Eine
neuer Grube in
gab vier Tote
wurden.

Die Fahndung
mordeten Stadtpolizei mit
der weder die
selbst verbal-
der Berliner
Polizeipräsi-

dem Attentat
lich ist, daß
sind, um den
organisation be-
schieden ist in
Türenmorde
, und es fur-
zusammenhang
Verbrechen zu
waren jedoch

berichtet man:
dem Abteil 3
en überfallen,
gestoßen. Der
ab, berauscht
andelt es sich
t Älter leiste
ng von 5000

Ausschlag des
Auf dem Ge-
hege sind
zum Oster-
im Jahre ein
verzeichnet.
vor Ötern
je viele Reis-
g der Reise

en bei Trost-
er Knecht des
Landwirts-
am Stein er-

ng ist ein als
400 000 Mar-
ten, geflohen
ung sind bis-
ende Badezeit
ein Wirt-
zwanzig Tote
gen.

Beamtens-
us der Reichs-
mitteilt, nöte
unten gebraut
auch weiterhin
in einer be-
erwerbsart, aber
usammen zu

Er hält
Verwerben
nen macht.
nen wollen,
chte wieder

bleiben Sie
und mir ge-
n!

gehören,
ich mit
gerichtliche
s. Außer
Zeit ent-
siedlicheren
zu bereuen
abzureisen
eine noch
ng ist für
higer ver-
n einzigen
sie mit der
rlisch ihre
nutzte Sie
Sieg. Sie
zu seiner
wohl.

ie in das
über Land
schriftlich
ist, ihn auf
r Rückfah
g folgt.)

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtsbahn, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pöthen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mh. 10.— mit Auslagen, Post
einschl. der Postgebühren jährlich Mh. 32.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg,
Streich oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Besitzer keinen Anspruch
auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Sogenannte Korpuszelle 2.— Mh. auswärts 2.50 Mh. Uml-
licher Teil Mh. 4.— Reklamezelle Mh. 4.50. Beilagegebühr pro Nummer Mh. 50.—
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von dem Auslieger oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günt & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Beratung: Amt Naunhof Nr. 2.

Nummer 49

Mittwoch, den 26. April 1922

33. Jahrgang

Amtliches.

In letzter Zeit hat das Fußballspiel auf öffentlichen Straßen und Plätzen so überhand genommen, daß dieses Unternehmen verboten wird. Zu widerhandlungen werden nach der Straßenpolizeiordnung unzulässig bestraft.

Dafür wird der städtische Platz Ecke der Schul- u. Bis-
markstraße als Spielplatz freigegeben.

Naunhof, am 24. April 1922. Der Bürgermeister.

Gefunden wurde ein ungerückter Schinken. Der
rechtmäßige Eigentümer kann sich hier melden.

Naunhof, am 24. April 1922. Der Bürgermeister.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Genueser Pöhlenschall wegen des deutsch-russischen Vertrages wurde in einer Note der Alliierten abschließend behandelt und endgültig erledigt.

* Die Konferenz von Genua soll voraussichtlich am 2. Mai mit einem feierlichen Schluss beendet werden, an dem auch Poincaré teilnehmen will.

* Zwischen Lloyd George und Barthou kam es bei der Beratung der Antwort auf die deutsche Note zu scharfen Aus-
einandersetzungen.

* Die Gerüchte über ein deutsch-russisches Geheimabkommen werden von amtlicher Stelle in Berlin auf das entschieden
dementiert.

* Die Landtagswahlen im Schaumburg-Lippe ergaben den
Herrschaft der sozialdemokratischen Mehrheit.

Null und nichtig.

Sie will sich nimmer erschöpfen und leerem — die But-
ter Franzosen gegen alles, was nach einer wirtschaftlichen Be-
ruhrung Europas aussiehen mag. Lloyd George und
Schanger hatten den Zwischenfall wegen des deutsch-
russischen Vertrages vor jedem, der es hören wollte, als
beigelegt bezeichnet, und Herr Barthou, Frankreichs offizieller
Vertreter in Genua, schien bereit, gute Wiene zum
bisher Spiel zu machen. Aber ein Depeschenbombardement
aus Paris störte ihn darüber auf, daß Herr Poincaré so
nicht gewettet haben wollte, und flugs wurde daraus hin
die mühselig geschlossene Wunde wieder aufgerissen. So
schmerzlich aufgerissen, daß man im ersten Augenblick alles
verloren gab.

Aber die Diplomatenkunst der „einladenden Mächte“
glaubt noch einmal ein Pfaster gefunden zu haben, daß
dem tödlichen Patienten zu helfen vermöchte. Abermals
treten die Große und die Kleine Entente zu einer Sitzung
auf, und der Präsident der deutschen Abordnung
erhält ein neues Schreiben, in dem ihm bestätigt wird, daß
die weitere Teilnahme seiner Delegation an den Verhand-
lungen des Ausschusses über die russische Frage nun mehr
auch den Deutschen unerwünscht erscheint. Dann wird die
Richtigkeit der von Herrn Dr. Wirth gegebenen Sachdar-
stellung über die Vorgänge, die Deutschland zum Abschluß
eines Sondervertrages mit Rußland nötigten, bestätigt.
Richter der Schatten eines Beweises liege für die Richtigkeit
der deutschen Behauptung vor. Wir werden auf die Mög-
lichkeit verzichten, die deutschen Interessen in der russischen
Frage bei den eigentlichen Kommissionverhandlungen
wahrzunehmen, es werden uns Irrtümer über die Trag-
weite der britischen Sachverständigenvorschläge, falsche
Auslegung der „offiziösen“ Unterhandlungen mit den Russen
vorgehalten und das Bedauern der Unterzeichneter darüber
ausgesprochen, daß die deutsche Note den Versuch
anderer Mächte die Verantwortung für ein Ver-
fahren zuzuschreiben, das mit dem für die Wiederherstellung
Europas notwendigen Sehnsuchtigen Zusammenspiel so
sehr im Widerspruch steht. Schließlich behalten sich die
Unterzeichner ausdrücklich das Recht vor, alle Bestimmun-
gen des deutsch-russischen Vertrages als null und
nichtig anzusehen, die etwa als geltenden Ver-
tragen zuwiderräuflig befinden würden. Damit sollte, so
deklarierten die Große und die Kleine Entente, der
Zwischenfall jetzt als abgeschlossen angesehen werden.

Also sie haben und sie behalten recht, die Herren von
der Gegenseite, weil sie die Macht haben, und weil sie es
für schicklich halten, uns jede Erwiderung auf ihren er-
neuten Einspruch abzuschneiden. Ein moralischer Sieg,
den sich an dem Hut stecken mag, wer will. Man könnte
versucht sein, ihn achtlos zurück zu den vielen anderen zu
legen, die wir von der Entente schon haben schlucken
müssen, aber die Tatsache, daß uns so übel mitgespielt
wird gelegentlich einer Konferenz, als deren gleichberech-
tigter Teilnehmer wir am Eröffnungstage feierlich be-
grüßt worden sind, muß doch unserer Delegation in diesem
Falle die Politik des Schweigens außerordentlich er-
schweren, auch wenn sie die Wichtigkeit des Umgangstonnes
bei internationalen Zusammenkünften noch so gering einschätzen will. In Verhältnis müssen wir uns wohl oder
übel gefallen lassen, daß der Vertrag von Brest-Litowsk,
durch den wir den Frieden mit Rußland schon 1917 her-
gestellt hatten, für null und nichtig erklärt wurde, aber das
heute, nachdem der Kriegszustand längst aufgehört hat,
irgend eine Wiedergabe sich herausnehmen will, einen

reinen Wirtschaftsvertrag, dessen Abschluß wir für not-
wendig gehalten haben, von sich aus für kraftlos zu er-
klären, das übersteigt denn doch alle Herausforderungen,
mit denen wir bisher bedacht worden sind, um ein ganz
Erflechtes. Uns wird ein Verstoß gegen die Bedingungen
von Cannes zum Vorwurf gemacht. Ist ein solcher
Verstoß gegen die Unabhängigkeit eines Staates kein
Bruch der Ganner Bedingungen, in denen jede Einmischung
in die inneren Angelegenheiten eines Staates ausdrücklich
abgelehnt wurde? Die deutsche Delegation scheint sich
einzureden zu lassen, daß es sich hier nur um einen formalen
Vorbehalt handle, dem nach dem bekannten Urteil der
juristischen Sachverständigen der Entente keinerlei praktische
Bedeutung zufommen soll. Ob sie nicht damit der
Gefahr einer neuen Selbstäusserung ausgesetzt wird? Auch
hier scheint auf die Haltung unserer Delegation die Wei-
deutigkeit der Erklärungen Lloyd Georges eingewirkt zu
haben, von dem man versichert, daß er den Franzosen bei
der Beratung dieser neuen Note gehörig zugesetzt habe. Er soll sogar mit der Aufführung der Entente
bedroht haben, wenn man sich nicht endlich dazu ent-
schließen könne, ohne innere Vorbehalte zu aufrechter-
halten. Wer wollte auf solche Er-
klärungen von dieser Seite heute noch Häuser bauen?

Dr. Sy.

Die Sachlage.

Ein amtlicher Berliner Kommentar zur letzten Note der
Alliierten stellt folgendes fest:

Nach dieser endgültigen Note stellt sich der Sachverhalt also
dahin dar, daß der deutsch-russische Vertrag in voller Wirkam-
keit aufrechterhalten bleiben soll, daß die deutsche Delegation
in der Weise an Beratungen über russische Angelegenheiten
teilzunehmen, wie sie in unserer Antwort auf die erste Note der
erwähnten Mächte umschrieben ist, und daß die bisher ange-
kündigten Rechtsstellen einen Widerspruch zwischen den Verträ-
gen von Rapallo und Versailles nicht haben feststellen können.

Der Risiko in der Entente.

Wie tieghend die Meinungsverschiedenheiten zwischen
den Engländern und den Franzosen bei der Erledigung des
deutsch-russischen „Zwischenfalls“ waren, geht aus einer An-
merkung Lloyd Georges hervor, der bei der Beratung zur Fest-
stellung der Antwort an Deutschland erklärte, daß Einverständ-
nis der Alliierten durch keinen anderen Zweck haben, als die
Aufrechterhaltung des Friedens. Wenn es sich darum han-
dele, den alten Kampfgeist, die alten Gegensätze auf-
recht zu erhalten, dann werde die englische Demokratie absolut
und endgültig aufrechterhalten dieser Entente bleiben. Er-
eignisse der letzten Tage hätten den Enthusiasmus des englischen
Volkes für das Einverständnis mit den Alliierten er-
nichtet. Die Vorgänge, die zu dieser scharfen Auseinan-
dersetzung führten, umfassen auch einen.

Zusammenfassung Lloyd Georges mit Barthou.

„Die englische Demokratie,“ so sagte Lloyd George, „wird
immer daran gehen, wo der Frieden ist, und wenn ein einzelner
Alliierter den Frieden zu fördern wünsche, so wird sich die englische
Demokratie die Mitarbeit in denjenigen Ländern suchen, die
den Frieden wollen, von welcher Seite sie auch kommen
mag.“ Als Barthou darauf sagte, daß auch Frankreich die ge-
äußerten ständlichen Wünsche habe, warf Lloyd George ein: „Frankreich wohl, aber nicht die Regierung.“

Französische Beleidigungen und Angriffe.

Der neuen Note der Alliierten an die deutsche Delegation
war ein Brief Barthous an die Rada vorangegangen, in
dem der Franzose sich erkämpft hatte, die deutschen Bestellungen
über die Vorgänge vor dem Abschluß des Vertrags mit den
Russen als „lügenhaft“ zu bezeichnen. Reichskanzler Dr. Wirth
hat diese Beleidigung in einem würdig und energisch
gehaltenen Brief an die Rada gehörig zurückgewiesen. Ferner
arbeitete die Franzosen mit einer wahrwürdigen
Presseheft gegen uns. Das Blatt Tardieu, „Echo national“,
bringt eine mit unglaublichen Fälschungen
durchsetzte Wiedergabe einer Signatur, in der Dr. Rathenau im
Januar deutschen Pressevertretern Mitteilungen über seine
Reise nach London und Cannes machte. Mit diesen Fälschun-
gen will Tardieu natürlich Unstufen in den Atem von Genua

Die rätselhaften Russen.

„Streichung“ statt „Herabsetzung“.

Das Verhalten der Russen in Genua hält die Konfe-
renz mehr in Atem als alle „Zwischenfälle“, mit denen sie
höchst reichlich genug bedacht war. Nicht nur, daß das
russische Problem überhaupt den Kernpunkt der gesamten
Beratungen bildet, auch das eigenhändig sprunghafte
und unberechenbare Verhalten der Russen selbst, die nur
zu gewinnen, kaum aber etwas zu verlieren haben, schafft
alle Tage neue kleine Sensationen. In einer Sachverständi-
genversammlung zur Behandlung der russischen Frage eroberte
der französische Delegierte Seydoux und erklärte, nach-

das russische Memorandum

erschien sei, müsse er, bevor er weiteren Sitzungen bei-
wohnen könne, nähere Anstruktionen aus Paris einholen.

Der russische Delegierte Nalowski wollte erwidern, die
Sitzung wurde jedoch geschlossen. Aus diesem Grunde bat
die russische Delegation in einem Brief erklärte, daß Me-
morandum der russischen Delegation stelle eine Antwort
auf das Memorandum der Londoner Sachverständigen
dar. Die Russen weichen dann dem neuen Konflikt mit
einem raschen Seitenprung aus, indem sie sagen, daß Me-
morandum stelle nur die Meinung der russischen Dele-
gation „in dem ersten Stadium“ der Besprechungen dar.
Die neue russische Denkschrift befindet sich aber tatsächlich
in vollständigem Gegensatz zu den Ganner Bedingungen
einerseits und andererseits zu dem Schreiben Tschitscherins
an Lloyd George. In bezug hierauf betonte ein
russischer Sachverständiger, daß das von Tschitscherin
englisch abgefasste Schriftstück schlecht ins Französische über-
setzt worden sei und daß die Annahme der Bedingungen
der Alliierten durch die Sowjetregierung davon abhängig
sei, daß die Kriegsdenkmale und deren lästige Binsen sowie
die Binsen aller übrigen Schäden gestrichen werden,
anstatt, wie es vorher hieß, nur herabge-
setzt werden sollen. Dieser Standpunkt, daß nämlich die
Regierung von Moskau rechtlich anerkannt wird, bevor sie
irgendeine Verpflichtung hinsichtlich der russischen Schäden
übernommen hat, wird nun zwar von den Alliierten
abgelehnt, aber es wird doch bekanntgegeben, daß die
russische Note nicht in einem Tone gehalten sei, der einen
Abdruck der Besprechungen rechtfertigen würde. In dieser
Atmosphäre des Hin und Her scheinen die Russen auf die
besten Geschäfte zu rechnen.

Der König und der Bolschewit.

Über die Zusammenkunft Tschitscherins mit dem italienischen
König werden allerlei hübsche Geschichten erzählt, die
aber doch keine Streitkraft auf den internationalen Wirkkreis
aller Begriffe in Genua werfen. So soll Tschitscherin dem
König als den „echten Bürger“ seines Landes begrüßt und ihm
gesagt haben: „Der Jubel des Volkes hat mir gezeigt, daß Sie
von Ihrem Volke wie ein Vater geliebt werden.“ Die Aufforderung
auf dem Schlachtfeld beim Frieden war so, daß
Tschitscherin dem Genueser Erzbischof gegenüber saß, mit dem
er sich während der Dauer der Tafel eingehend unterhielt. Da
man sich, weil keine offiziellen Reden gehalten wurden, doch
einmal zu trümmern muhte, erbot Tschitscherin sein Glas auf das
Wohl des Erzbischofs, der lächelnd Beiseite trat. Wahr soll von
alldem nur sein, daß der Bolschewit und der König sich ledig-
lich über die Handelsbeziehungen zwischen Italien und Russland
unterhalten haben. Nalowski fügte noch hinzu: Die Arbeit-
er mühten und würden verstehen, daß ein Alt der Höflichkeit
gegenüber der Nation, die Götter einer offiziellen Dele-
gation war, von dieser nicht umgangen werden konnte und daß
dieser Alt die moralische Anerkennung der Sowjet-
regierung in sich schloß.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-finnisches Wirtschaftsabkommen.

Im Auswärtigen Amt in Berlin wurde nach mehr-
tägigen Verhandlungen zwischen einer deutschen und finni-
schen Delegation ein Abkommen unterzeichnet, welches
die Regelung bringender wirtschaftlicher Fragen beifügt. Es
bezichtigt sich insbesondere auf die Regelung des gegen-
seitigen Verkehrs der Handelsreisenden, gewisser
Fragen des beiderseitigen Schiffs- und Eisenbahnbetriebs
und der Befreiung der beiderseitigen Konsular-
behörden. Das Abkommen enthält ferner eine Erklärung,
wonach beide Teile bereit sind, demnächst in Verhandlungen
über ein Wirtschaftsabkommen auf breiter
Grundlage einzutreten.

Die Deutschnationalen für die Regierung.

Der Führer der Deutschnationalen, Hergt, hielt in
Braunschweig eine Rede. Er erklärte u. a., wenn es
wegen des russischen Vertrages mit der Entente zum
Konflikt kommen sollte, so werde sich die deutschnationalen
Bolschewiten unbedingt hinter die Regierung
stellen, denn es handle sich um das Recht Deutschlands,
das unter allen Umständen verteidigt werden müsse. Dann
sagte er: Sollte Poincaré sich an die Bolschewisten wenden und die
Reparationskommission gegen uns mobil zu machen versuchen, so kann es nur eins geben: zu sagen:
„Wir hielten und nicht weiter!“ Nieger gehen wir von
Genua nach Hause und bleiben als Deutsche für uns, für
uns mit unserem Recht und unserer Ehre.“ Schließlich
forderte Hergt die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Schaumburg-Lippe.

Bei den Wahlen zum Schaumburg-Lippischen Landtag
wurden im ganzen 24.301 Stimmen abgegeben. Davon
entfielen auf die sozialistischen Parteien 12.349 und
auf die bürgerlichen 11.932. Die Einzelergebnisse stellen
sich wie folgt dar: Sozialdemokraten 10.783, Unabhängige
1.566, Deutsche 3.545, Deutschnat. 2.506, Wirtschafts-
Vereinigung 396, Parteilose 545, Landbund 1.857, Hand-
werkerbund 1.771, Demokraten 1.992, nationalsozialistische
Vereinigung 140. Das Stärkeverhältnis im Landtag
bleibt wie es gewesen ist. Die Sozialdemokraten behalten
die Mehrheit.

Echo
Befreiung der
richt und
nene Wirkung
Briefta
prägen
schmante ei
dah ihr no
nach den S
gekommen,
und „Sph
flamme hell
Ich hatte di
darauf geho
den kann.
öffnen, keine
ben; ganz u
wir. Sie w
Schritt will
wos ich für
wichtigsten. Sie
haben mich
Verpflichtun
bericht. Da
Schutzgeist

So we
Rollen einer
auwert, ma
Schreibstil
immer tra
Er lam
mit Ueberr
Das hatte e
reichen hof
Hindernisse
der Brief g
Geschäftsm
mit immer

Nom erklärt der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Leipzig im Namen der deutschen Delegation, daß die Politik des Hasses und der Rache, welche bereits so viel Elend nicht nur über die deutschen, sondern auch über die Arbeiter der ganzen Welt gebracht habe, so schnell wie möglich beendet werden müsse, um erheblich zu werden durch eine Politik der Eintracht und der Solidarität unter den Völkern und durch eine Art der gemeinsamen friedlichen Arbeit. Der Kongreß nahm eine Entschließung an, welche erklärt, daß die augenblickliche Lage nicht allein durch finanzielle Operationen gelöst werden könne, und die die Abwicklung jedes Rohstoffmonopols, die Streichung der gegenwärtigen Schulden und die Einstellung einer Wirtschaftspolitik, der nationalistische Motive zugrunde liegen, fordert.

Der Zugang zur Weichsel.

Wie aus Kreisen der Postkonsferenz berichtet, ist in der Sitzung am 21. April in der Weichselfrage beschlossen worden, daß Polen die Gefährtigkeit des ihm zugesprochenen Gebietes auf dem rechten Weichselufer erst befreien soll, sobald eine vorläufige deutsch-polnische Vereinbarung über die Frage des Zuganges zur Weichsel abgeschlossen worden ist. Weiter wurde beschlossen, die Grenzkommission aufzurufen, mit den Abstimmungsarbeiten für die neue deutsch-polnische Grenze sofort zu beginnen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der preußische Justizminister lädt erklären, daß Geldbußen zugunsten anderer Stellen, z. B. von Wohnungsleistungseinrichtungen, als der Staatsfalle bei der beobachteten Strafaussetzung von den Gerichten nicht aufzuweisen sind.

Bentheim. Das Erstellen der Oberschlesischen Grenzziehung ist von der Interalliierten Kommission bis auf weiteres verboten worden. Weiterhin ist die Einfuhr des Berliner Tagesschreibers, des Lokalangelegers, der Breslauer Tageszeitung, der Breslauer Zeitung und des Simplizissimus nach Oberschlesien von bestellten Behörden untersagt worden.

München. In Barcelona sind zwei fundamentalistische Attentate verübt worden, denen zwei Menschenleben zum Opfer fielen.

Der Stand der deutschen Zahlungen.

Eine Auffassung der Reparationskommission.

Jedem Deutschen, der gegenwärtig seine ganze Anspruchsfähigkeit auf Genauia richtet, sollte man heute täglich geraten: „Denkt an den 31. Mai!“ Das ist, wie man nicht vergessen darf, der Termin, bis zu dem die deutsche Regierung auf Grund der am 21. März von der Reparationskommission getroffenen Entscheidung dafür gesorgt haben soll, daß neue Steuern im Gesamtbetrag von 60 Milliarden Mark bewilligt sind, von denen 40 Milliarden noch in diesem Jahre ausgebracht werden sollen. Die deutsche Regierung hat zwar am 7. April geantwortet, daß dieses Verlangen unerfüllbar ist, und sie hofft, daß durch die Konferenz von Genoa inzwischen eine veränderte Weltlage geschaffen wird, die auch eine Abänderung jener gegnerischen Forderung mit sich bringt, aber vorläufig hat die Reparationskommission ihren Standpunkt keineswegs aufgegeben und mögt auch nicht im geringsten Absehn, das zu tun, so daß der 31. Mai wie eine immer näherdrückende schwere Drohung vor uns steht. Wird doch bereits aus Paris berichtet, daß die Franzosen, wenn Deutschland jene Forderungen nicht erfüllt, am 1. Juni

nach Frankfurt, Mainzheim und Essen eintreten wollen. Inzwischen hat die Reparationskommission, falls es eine Erfüllungssituation für die neuen in Paris geplanten Unternehmungen, einen Überblick über den Stand der deutschen Zahlungen veröffentlicht. Darin wird festgestellt: Nachdem die deutsche Regierung im Jahre 1921 in vor einer Summe von 1 Milliarde Goldmark gemäß dem Zahlungsplan vom 5. Mai bezahlt hatte, hat sie am 14. Dezember einen Aufschub nachgefordert für die Zahlungen am 15. Januar und 15. Februar, die im gleichen Zahlungsplan vorgesehen waren. Die Reparationskommission hatte in Cannes diesen Aufschub vorläufig befürwortet, während dessen Dauer die deutsche Regierung alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark zahlen und ferner der Kommission den Entwurf von Reformen sowie ein vollständiges Programm der Vorzahlungen und Sachleistungen für das Jahr 1922 vorlegen sollte. Daraufhin hat die deutsche Regierung der Kommission am 28. Februar eine Reihe Dokumente vorgelegt, auf Grund welcher die Kommission am 21. März eine Entscheidung getroffen hat. Dadurch wurde der vorläufige Zustand der Defabenzahlung beendet, bei dem Deutschland vom 18. Januar bis 18. März 1922

Sieben Zahlungen von 31 Millionen

feststeht, die zusätzlich den vor dem 18. Januar erfolgten Zahlungen den Gesamtbetrag am 22. März auf 28.948.920,49 Goldmark bringen. Anstelle des Systems der Defabenzahlungen werden folgende Verfallstage festgesetzt: 18.051.079,51 Goldmark am 15. April 1922, 50 Millionen Goldmark am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober, 60 Millionen am 15. November und am 15. Dezember. Nunmehr hat die deutsche Regierung am 15. d. Mts. die erste der monatlichen Zahlungen geleistet, die in der oben genannten Auffassung vorgesehen sind.

Gewalt die Note der Reparationskommission. Ihr Zweck und Sinn geht offenbar über eine einfache Befriedigung bestehender Lasten hinzu und laumt nur im Sinne einer Wahrung gebraucht werden, daß Frankreich sich durch feindliches eventuelle militärische Erfolge in Genoa davon abhalten lassen will, auch die weitere Durchführung dieses Zahlungsplanes mit allem Nachdruck zu fordern, besonders aber auf dem Verlangen der Steuer-Rachbewilligung bis zum 31. Mai zu bestehen und sonst unmöglichlich das alte Londoner Ultimatum wieder in Kraft zu setzen und zu Zwangsmassnahmen überzugehen.

Ein Brief drei bis fünf Mark.

Der Entwurf des erhöhten Posttarif.

Die bereits angekündigte neuen Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren wurden jetzt im Postministerium einer Beratung unterzogen. Die neuen Gebühren für Briefsendungen, Postkarten sowie die Telegramm- und Fernsprechgebühren sollen Anfang Juni oder Juli, die neuen Zeitungsgebühren erst mit dem 1. Oktober 1922 in Kraft treten. Der Reichspostminister begründete die neuen Gebührenvorschläge mit der Sprunghaftigkeit der Entwicklung der Postverkehr und der notwendigen Kosten für jeglichen Lebensunterhalt die Anfang April auch zu einer Erhöhung der Löhne und Gehälter geführt haben. Durch Einsparungen allein können diese neuen Ausgaben, die etwa 5 Milliarden Mark betragen, nicht eingehalten werden. Sie müßten auch durch Tarifverbesserungen

gedeckt werden. Nach dem vorgelegten Entwurf seien die neuen Gebührenvorschläge folgendes vor:

Geringse Ermäßigungen für Briefe und Nahverkehr.

Die Gebühr des Briefes der untersten Stufe (bis 20 Gramm) soll im Ortserverkehr von 1,25 Mark auf 1 Mark herabgesetzt werden. Auch die Gebühr für Pakete von 15 bis 20 Kilogramm in der Nahzone wird von 30 Mark auf 25 Mark ermäßigt. Unverändert bleiben die Gebühren für Postkarten im Ortserverkehr, für Briefe im Ortserverkehr von 20 bis 100 Gramm, für Drucksachen, für Drucksachen bis 20 Gramm, für Ansichtskarten mit fünf Grußworten, für Pakete von 10 bis 15 Kilogramm in der Nahzone. Die Postausweisgebühren und die sogenannten Nebengebühren bleiben bei der Erhöhung gleichfalls außer Betracht. Von einer Vertiefung der Einschätzung, Wertversicherung und Gildestellung wird abgesehen.

Stark allgemeine Erhöhungen.

Erhöht wird die Gebühr für die Postkarte im Fernverkehr auf 2 Mark; für den Brief im Ortserverkehr von 100 bis 250 Gramm auf 3 Mark; für den Brief im Fernverkehr bis 20 Gramm auf 3 Mark, über 20 bis 100 Gramm auf 4 Mark, über 100 bis 250 Gramm auf 5 Mark, für Dienstliche Altenbriefe über 250 bis 500 Gramm auf 6 Mark; für Deutschen über 20–50 Gramm auf 7 Pf. über 50–100 Gramm auf 10 Pf., über 100–250 Gramm auf 3 Mark, über 250 bis 500 Gramm auf 4 Mark, über 500 Gramm auf 5 Mark; für Geschäftspapiere bis 250 Gramm auf 1 Kilogramm auf 5 Mark; für Wertpapiere bis 250 Gramm auf 3 Mark, über 250 bis 500 Gramm auf 4 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 Mark; für Warenproben bis 250 Gramm auf 3 Mark, über 250 bis 500 Gramm auf 4 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 Mark, für Mischsendungen bis 250 Gramm auf 3 Mark, über 250 bis 500 Gramm auf 4 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm auf 5 Mark; für Pakete bis 1 Kilogramm auf 6 Mark.

Paket- und Postkreditgebühren.

Als Gebührensätze für Pakete sind vorgesehen: für Pakete in der Nahzone bis 5 Kilogramm 7 Mark, über 5 bis 10 Kilogramm 14 Mark, über 10 bis 15 Kilogramm unverändert 20 Mark, über 15 bis 20 Kilogramm 25 Mark (anstatt 30 Mark); für Pakete in der Fernzone bis 5 Kilogramm 14 Mark, über 5 bis 10 Kilogramm 28 Mark, über 10 bis 15 Kilogramm 40 Mark, über 15 bis 20 Kilogramm 50 Mark.

Das Verhältnis zwischen der Gebühr für den einfachen Auslandsbrief und der für den einsamen Auslandsbrief wird nach wie vor 1:2 betrugen. Der einfache Auslandsbrief bis 20 Gramm wird also zunächst 6 Mark kosten.

Die gesetzlichen Postkreditgebühren sollen folgendermaßen geändert werden: Für jede von der Zahlstelle eines Postcheckamts durch Überweisung auf die Reichsbank und für jede in lebendiger Zeit fehler gehäuft hätten, gerichtet. Nach Mitteilung des polnischen Generalausschusses Glusinski seien über 100 Ausweisungen erfolgt, obwohl er gegen sie Einspruch erhoben habe. Die polnische Note erklärt, ohne Einwilligung der polnischen Regierung dürfe Danzig keine Ausweisungen vornehmen und droht eventuelle Repressivmaßnahmen an.

Telegramme und Fernsprech.

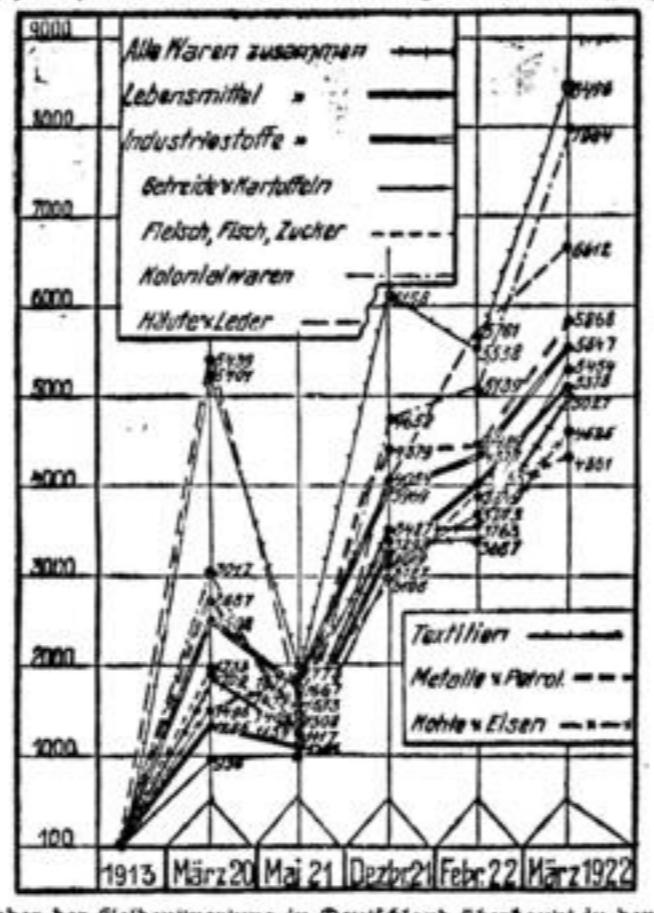
Die gesetzlichen Telegrammgebühren sollen bei gewöhnlichen Telegrammen auf alle Entfernung 1 Mark 50 Pf. für jedes Wort, mindestens 15 Mark betragen, im Ortserverkehr jedoch 1 Mark für jedes Wort, mindestens 10 Mark, bei Presstelegrammen wie bisher die Hälfte dieser Gebühren. Die Rohpreisgebühren im Ortserverkehr werden um je 50 Prozent erhöht, sie sollen betragen bei Postkarten 4 Mark, bei Briefen 7 Mark, im Fernverkehr bei Postkarten 6 Mark, bei Briefen 7 Mark. Die in den §§ 3, 4 und 6 des Fernsprechgebührenvertrages bestimmten Gebührensätze sollen um 160 Prozent statt wie bisher 80 Prozent erhöht werden.

Vorläufig wird im Verlehrvertrag noch weiter über die Gestaltung der Gebühren beraten. Dann hat der Reichstag auch zuzustimmen. Innerhalb darf man auf eine weitere schwere Belastung und Erhöhung der Postgebührenkasse und des damit verbundenen Verlehrmittels, wie Fernsprecher usw., gesetzt sein.

Die Steigerung der Großhandelspreise.

Von 1913 bis 1922.

Die statistischen Aufzeichnungen über die wachsende Kurve der Preise im deutschen Großhandel geben ein anschauliches Bild von der Veränderung der Wertbemessung



Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 28. April 1922.

Merkblatt für den 26. April.

Sonnenaufgang 4^h | Mondaufgang 4^h R.
Sonnenuntergang 7^h | Monduntergang 6^h R.
1564 William Shakespeare geb. — 1899 Französischer Dramatiker Racine gest. — 1787 Dichter Ludwig Uhland geb. — 1910 Norwegischer Dichter Björnsterne Björnson gest. — 1921 Deutschland erhielt sich zu einer Reparationsleistung von 50 Milliarden Goldmark.

□ Aussforderung zur Annahme von Forderungen. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die aus der Kriegszeit herrührenden, vor dem Kriege oder während des Krieges fallende gewordenen Forderungen von in Deutschland ansässigen Deutschen 1. gegen in Groß-Britannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union, Ägyptens und Australiens, ansässige Franzosen, 2. gegen in Groß-Britannien, seinen Dominien, Kolonien und Protektoraten, mit Ausnahme der Südafrikanischen Union, Ägyptens, Australiens und Neuseelands, ansässige Belgier, 3. gegen in Frankreich einschließlich Elsass-Lothringen sowie in den französischen Kolonien und Protektoraten ansässige britische und griechische Staatsangehörige, 4. gegen in Belgien und im Congo ansässige britische Staatsangehörige, 5. gegen in Griechenland ansässige Franzosen beim Reichsausgleichsamt anzumelden sind. Auf Grund der Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom 28. März 1922 kann nunmehr die Regelung dieser Forderungen ausschließlich im Ausgleichsverfahren erfolgen. Da die für die Annahme festgesetzte Frist bereits am 31. Mai 1922 abläuft und mit einer Verlängerung nicht zu rechnen ist, werden die in Betracht kommenden deutschen Gläubiger dringend aufgefordert, ihre Forderungen, soweit dies noch nicht geschehen ist, umgehend bei der zuständigen Stelle des Reichsausgleichsamts auf den üblichen dort erhältlichen Vordrucken anzumelden.

† Der Frühling will nicht kommen. Die warme Osterluft (21 Gr. R.) wurde sehr bald wieder abgekühlt durch eine Unhäufung kalter Luft im hohen Norden, welche nördliche Winde uns zuführte. In der Nacht zum 20. April erreichte die Abkühlung den Gesperrpunkt, der Morgen ergänzte im Reich und am 21. April kam nochmals Schnee. Der Wind drehte sich seitdem über Osten und Süden nach Westen, eine Erwärmung ist aber noch nicht zu bemerken. Wenn auch der Himmel sich einige Zeit aufhellte, wie am Sonntag vormittag, der Nachmittag war immer kühl und regnerisch. Nach den Wettermeldungen soll aber nunmehr damit zu rechnen sein, daß der Altlberg nördlich von Island abgetragen ist und die unter dem Einfluß südwestlicher Luftströmung bald eintretende Wärme für den endgültigen Frühling bedeutet.

— Naunhof. Eine ungeheure Aufrugung hat die soeben erfolgte Verteilung der Einkommensteuer erzeugt unter verschiedenen Gewerben hervorgerufen. Es werden Summen genannt, welche gezahlt werden sollen, die geradezu katastrophal wirken. Das schlimmste dabei ist aber, daß man der Steuerkommission eine gewisse Schuld beilegen will. Es gibt Leute, die kurzerhand diejenigen verantwortlich machen möchten, die sich wochenlang bemüht haben, jedem Einzelnen gerecht zu werden. Es ist sehr zu empfehlen, den Steuerzettel einer genauen Prüfung zu unterziehen, glaubt der Besteuerter zu hoch eingeschätzt zu sein, so soll er sofort Beschwerde beim Finanzamt in Grimma einreichen. Dort und nur dort allein wird ihm Auskunft über sein Einkommen gegeben.

† Man sollte es kaum für möglich halten, daß es Leute gibt, die in der Fleischlerten Zeit das Pech haben, einen „Schinken“ zu verlieren. Im amtlichen Teil wird bekanntgegeben, daß ein so wertvolles Objekt gefunden worden ist.

† Sachsen's Militärvereinsbund bewilligte im ersten Vierteljahr 1922 für bedürftige Kameraden 11324 Mk. Unterstützungen.

† Beschleunigte Personenzüge 4. Klasse. Amlich wird mitgeteilt: Die Reichsbahn wird von Juni bis August d. J. Sonderzüge zu ermäßigten Preisen führen. Die Züge haben nur die dritte Klasse; während auf der Hinsicht der Sonderzüge zu benutzen ist, werden für die Rückfahrt zu ermäßigten Preisen neben den Sonderzügen auch die Züge des gewöhnlichen Ver-

kehrs freigegeben. Bei Schnellzügen ist der tarifmäßige Zugang zu bezahlen. Die Preise der Fahrscheine sind um rund ein Viertel ermäßigt. Die Reichsbahn führt vom 1. Juni ab auch beschleunigte Personenzüge mit 4. Klasse ein.

† Abbau der Jahrmarkte? In den Thüringer Städten ist mit einem Abbau der Jahrmarkte in Kürze zu rechnen, nachdem wiederholt die örtlichen Geschäftsinhaber und Gewerbetreibende durch ihre Organisation bei der Regierung dahin vorstellig geworden sind, weil die Steuerkraft durch die auswühligen Veräußerungen sehr geschwächt wird. Die Regierung hat bereits einen derartigen Antrag nach Eisenach erledigt, indem sie versucht, daß künftig in Eisenach nur noch zwei Jahrmarkte abgehalten werden dürfen.

† Für langfristig verpachtete Jagden und Fischzüchtungen sind zum Schaden der nothleidenden Gemeinden meist noch die alten Pachtpreise in Kraft. Die einzelnen Länder sind für die Ausdehnung der Pachtzuhörordnung auf Jagd und Fischerei nicht kompetent. Da es unrichtig erscheint, daß ein Sport oder Vergnügung private Gewinne bringt, haben die demokratischen Abgeordneten Kerckhoff und Kornell eine Kleine Anfrage im Reichstag eingebracht, ob die Reichsregierung gelegentliche Maßnahmen zur Ausdehnung der Pachtzuhörordnung herbeiführen will.

† Die Kosten stimmen nicht. Sächsische Blätter brachten dieser Tage die außenseiterregende Meldung, daß bei einer in der Amtshauptmannschaft Bautzen vorgenommenen Kostenrevision große Mißstände aufgedeckt worden sind, die das politische Amt des dortigen Amtmanns zur Folge gehabt haben. Wie die „S. A. N.“ an zuständiger Stelle erfuhren, trifft die Meldung des „Sächsischen Volksblattes“ (Zwickau) zu, daß auch in anderen sächsischen Amtshauptmannschaften die Kosten nicht stimmen und daß dort ähnliche Fehlbedarfe zu verzeichnen sind. Sächsischen Amtmannen der Amtshauptmannschaften ist im Ministerium des Innern bedeutet worden, daß durchgreifende Maßnahmen im Gange seien. Die eingeleitete Untersuchung wird erweisen, ob es sich um leichtsinnige Geschäftsführung oder um betrügerische Vorgänge handelt.

† Wenn man Esperanto kann... Sieben Mädchen der Schule in Görlitz, welche Esperanto gelernt haben, befinden sich seit einigen Tagen in Holland bei völlig freier Kost in Esperanto-Familien und können sich dort ohne jede Schwierigkeit mit den Holländern, welche diese Sprache beherrschen, unterhalten.

— Pelzmorden-Ausstellung. Am Mittwoch, den 26. April, von früh 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr und Donnerstag, den 27. April, von früh 8 Uhr bis nachmittags 5 Uhr findet in sämtlichen Räumen des Arthallepalastes in Leipzig die Neuheitenausstellung des Reichsbundes der Deutschen Kürschner statt. Die Ausstellung verspricht so reich beschickt zu werden, wie es noch nie der Fall war.

— Die Papiermühle in Stötteritz wird Fabrik. Wiederum soll eine alte, bekannte Gastwirtschaft der Industriedienstbar gemacht werden. Wo 1813 die Kommandur des napoleonischen Truppen durch die Räume schallten, wo bis in die jüngste Zeit die modernen Wellen des Tango und Foxtrot erklangen, werden jetzt in hohen, lichtdurchfluteten Hallengeschäftsräumen Tafendiel-Schunden-Uhren, prächtige Farbkreisel, finnische Er müdungsmesser für physikalische Zwecke herstellen. Die „Papiermühle“ ist vor kurzem in den Besitz der Leipziger Firma G. Zimmermann, die wissenschaftliche Apparate baut, übergegangen.

— Hochzeit. Ulanenfest. Vom 17. bis 19. Juni 1922 soll hier der Regimentsfest des ehemaligen Ulanenregiments Nr. 18 stattfinden. Die Vorbereitungen zu diesem Feste sind bereits im Gange.

— Auf dem Dresdner Hauptbahnhof wurde in den nach der Ueberholung abgehenden Zügen eine Polizeiaktion vorgenommen. Dabei wurden zwei Juden angehalten, die um Körper und Beine Seide im Werte von 40 000 Mk. gewichelt hatten.

— Am Freitag früh stieß in der Siebenlehnner Straße in Dresden eine Zphonette mit einem Automobil zusammen, wobei die Zphonette vollständig zerstört wurde. Die beiden Insassen, der Buchhändler Plachl und sein Sohn, wurden auf der Stelle gefasst.

ersten Einleitunglich es weiter:

„Ich bin in einer Welt exogen, in der man die hergebrachten Sitten und Gewohnheiten gering schätzt, ich habe sie verachtet gelernt. Ich habe Frauen und Männer geliebt, die unter dem Schein der Ehe und Ehrbarkeit all ihren Lüsten fröhnten. Heute hab ich junge Männer sich vor dem Altare verbinden und schon wenig Wochen daraus kniete der Mann, der einem Engel der Unschuld Treue gelobt, zu den Füßen eines Weibes, das nicht wert war, jenem Engel die Schuhriemen zu lösen. Ehrenmänner vertrauten der Tugend ihrer Frauen, die in den Armen junger Männern den unbekleideten Namen ihres Gatten preisgaben — und die Welt hielt jene Frauen für rein, jene Männer für untaboehalt!“

In meinem Beruf daraus angewiesen, durch den Schein die Wahrheit darzustellen, ist mir der Schein verhaft geworden und mein ganzes Dasein ist ein Streben nach Wahrheit gewesen. Jene Verbindungen, die aus Habicht und tauend andern Rücksichten geschlossen, mit dem ehrbaren Namen einer „rechtmäßigen Ehe“ die ungeahnte Freiheit des Pastors heiligten, widerten mich an. Mich dünkt die Fessel unvorteilhaft, die man sich mit einem Ehe auferlegt. Waren doch so viele nur zu bereit, die drückende Fette zu lösen, sich so frei darin zu bewegen, als möglich. Ich habe die Ehe in ihrer leichten Form tief verachtet. Man sieht dies Gefühl bis zu der Stunde, in der ein fremder Mann, ein Feind, erlaubt, daß man sich angehören dürfe. Dann werden fremde Menschen an festlichen Gelegenheiten vereint; in pertinemendem Wein erhitzen sich die Geister, freier und lässiger werden die Eheringe der glückwährenden Männer vor dem beledigten Ohr der älteren Frau, und mitten aus dem wilden Gewühl entflieht sie der Bräutigam zu den Mysterien der Liebe, wie ein Sultan die Odaliske, und das freche Lächeln beginnt am nächsten Morgen die Neuerwählte. Das nennt man Sitte, das nennt man Menschheit und Civilisation! Das heißt die Kirche, das beschützt der Staat!

Wie tief entwürdigt erschien mir in jenen Augenblicken das Weib, wie es die Menschen, die solche Hochzeitsfeier hellig nennen! Wie glücklich, wie rein fühlt ich mich in dem Gedanken, einem geliebten Manne zu gehören, ohne Ehr und Scham; sein geworden zu sein in einer Stunde festigster Entzündung, in der mir die Welt im Herzen tragen, die heiligste

— Ein Polizeihund ermittelte in Wehlen bei Pirna zwei Söhne dortiger Einwohner, die Holzdiebstähle ausgeführt hatten. In letzter Zeit sollen dort die Holzdiebstähle recht überhand genommen haben, jedoch man sich eines Polizeihundes bedienen mußte. — Also auch dort!

— Siebenlehn. Eine gärtliche Stadt. Der biegsige Bürgermeister konnte in der leichten Stadtküsterlung mitspielen, doch die Gemeinde vollständig schuldet das nicht.

— Kamenz. Großes Sänseangebot. Ein wohl noch nicht dagewesenes Angebot an jungen Damen, Jungen, Krieschein, hatte der gesetzige Wochenmarkt aufzuweisen. Die Schar der Veräußerer und Käufer war so zahlreich, daß nicht allein die Kirchstraße, sondern auch ein großer Teil der Herrenstraße von einer dichten Menschenmenge gefüllt war. Die Preise bewegten sich zwischen 70 bis 140 Mark.

— Falkenstein. Weitere 100 000 Mk. für tumultsäckliche. Die Stadtoberordneten bewilligten in drei Tumultsäcken rund 100 000 Mk.

— Der Arbeiter N. aus Göhning, der am 17. Januar ein vierjähriges Mädchen auf dessen Schlitten in einen Wald verschleppte, sich an ihm unstilllich verging und es dann in bitterer Kälte hilflos zurückließ, bis es andern Tages von einem Jäger aufgefunden wurde, hat sein Verbrechen mit dreijähriger Justizhaftsstrafe und fünfjährigem Elternverlust zu büßen.

— Als am Sonnabend abend der Gutsbesitzer Hunke aus Auerswalde sich auf dem Heimwege befand, wurde er plötzlich von einem Tier angesprungen. Er versetzte diesem mit dem Fuß einen gehörigen Stoß, worauf es tot liegen blieb. Bei näherem Betrachten sollte es sich heraus, daß es eine außergewöhnlich große Blasenratte war.

— In Waltersdorf starb im Januar d. J. der in den Armleichten Verhältnissen lebende Fließwasser-Ernst Gottlieb Sungmichel. Allgemein war man der Ansicht, daß er sein Leben nur nördlich fristete und kaum Verdienst hatte, um sich soll zu essen. Als nun seine Angehörigen jetzt zu Ostern in der Wohnung grobes Reinemachen hielten, stellten ihnen unter dem Ofen ein loser Mauerziegel auf. Sie haben ihn auf und trauten ihren Augen kaum, als ihnen drei Häuschen von 20- und 10-Mark-Goldstückchen entglitten. Jedes Häuschen enthielt 2000 Mark in Gold. Da drei Kinder vorhanden sind, scheint der „arme“ Schuster die Erbschaft richtig gesezt zu haben, die nach dem jetzigen Goldkurs 360 000 Papiermark darstellt. Gewiß eine schöne Überraschung für die Erben, die durchweg nicht zu den Begüterten zu zählen sind.

— Der Polizei Halle ist, wie gemeldet wird, eine Postkarte zugegangen, auf der der Mörder der Frau Gudelshäfer Nette „leicht Gräbe“ sendet. Die Unterschrift lautet „Schwarze Hand“. Die Karte ist eine Ansichtskarte von der Burg Gleichenstein. Eine andere Karte hat der Ehemann der Ermordeten Dr. Nette erhalten. „Einer der es gut meint“, schreibt, daß die ausgewählte Belohnung lieber zur Verbüßung der Karossen verwendet werden sollte. Auf dieser Karte werden noch andere Landwirte genannt. — Diese Karte lädt wieder jene Vermutungen aufkommen, daß dem Verbrechen andere Motive als Raub zugrunde liegen könnten. Hierarchisch steht es aus, als ob es sich um eine Art Nachahmt handeln könnte.

Nah und Fern.

— Quedlinburgs Tausendjährige. Die Tausendjährige der Stadt Quedlinburg begann am 23. April mit einem Festzug aller Einwohner und Vereine. Der Volksfeier voran ging eine Festzüge der städtischen Behörden, bei der die Behörden von Stadt, Provinz und Kreis ihre Glückwünsche vorbrachten. Oberbürgermeister Bamsl, der seit 27 Jahren an der Spitze der Stadt steht, wurde zum Ehrenbürgern von Quedlinburg ernannt.

— Die Fremdenbefreiung in Bayern. Das bayrische Landwirtschaftsministerium hat die Verwaltungsbüroden ermächtigt, Gaststätten, die vorwiegend der Fremdenverfügung dienen, für die Zeit vom 15. Mai bis 30. September zum Bezuge von ausländischen Lebensmitteln anzuhalten und sie zu verpflichten, etwa vorhandene überzählige Vorräte an inländischen Lebensmitteln für gemeinschaftliche Zwecke abzuliefern.

Welt der Liebe, die feiner gepunktet Hochzeitzeuge bedarf, weil sie das Recht zu gänzlicher Vereinigung in sich selbst besitzt!

Ich habe geglaubt, der Mensch bedürfe keines andern Zwanges; die Erkenntnis des Wahren, die Liebe, das Recht, das leben die Seele, das bei der Religion für den Menschen. Ich wollte nicht heimlich tun, was ich für Recht hielt, ich wollte nicht gebüdet werden durch scheinbare Unterwerfung unter die Sitten. Frei und stolz, habe ich gesagt, so handle ich, und ich handle Recht, weil ich weiß, daß ich nie von dem Wege wahrer Freiheit und wahren Ehre weichen werde.

Ich habe nie verlangt, daß Julian sich mit mit heiligen Schwören gelobe, ich habe ihm niemals Treue verprochen. Schwörte man denn zu halten, was man nicht unterlohen kann, ohne in Verzweiflung unterzugehen? Hätte ich je auf hören können, Julian zu lieben, so würde ich mich für frei gehalten haben. Oft habe ich ihm das gesagt; oft ihn verachtet, er sollte frei sein von jedem Bande, das ihn an mich bindet, sobald er mich nicht mehr seiner Liebe würdig finde. Ich war meiner so gewohnt; ich hielt seine Liebe für so unverwandelbar als die meine.

Ich habe mich getraut. Ich habe dem Herrn, den Eltern, Julian gesprochen, jetzt rücken sie sich an mir. Julian, den ich frei wählte von den Vorurteilen der andern Menschen; Julian, dem ich risikofreies vertraute, verläßt mich jetzt. Seine Liebe ist erloschen. Er läßt sich von mir trennen durch den Tadel, den die törichte Menge auf mich und auf unsere Verbindung wirkt. Ich habe ihn verloren, mein Leben ist damit zu Ende.

Ich wollte sterben, weil ich nicht zu leben wußte, weil außer Julian kein Mensch für mich lebte in der Welt; weil alles mir gleichgültig war außer ihm. Sterben schien mir das heiligste Ruhm nach schwerem Leid.

„Du tanzen Siel. — Ein Mensch rieß es in mir. Ihr Wort war mild, Ihr Ton, Ihr Bild Erbarmen. Gott lobte es Ihnen. Sie haben mich vom Tode gerettet; Sie wollten mich dem Leben, der Kunst wiedergeben, ich habe Ihnen geholfen, aber ich vermochte es nicht.“

(Hörchen, vgl.)

Eine Lebensfrage.

81

Roman von Hanns Lewald.

Schon wollte sie sich wieder entfernen, als ein anderer Brief ihre Aufmerksamkeit fesselte. Er war an Alfred gerichtet und offenbar von weiblicher Hand geschrieben. Karolines Wirkraum war augenblicklich angefacht. Sie hielt den Brief prüfend gegen das Licht. Das Papier war von duntem Papier, sie konnte nichts von dem Inhalt erahnen. Sie schaute eine Weile, dann sah sie nach der Uhr, berechnete, daß ihr noch eine lange Zeit bis Alfreds Rückkehr bleibe, nahm den Brief und setzte damit in ihr Zimmer. Dort angesessen, eröffnete sie ihn. Er war französisch geschrieben und Sophie Darcourts unterzeichnet. Ihre Eiferlust flammte hell auf. Der Brief lautete: „Mein teurer Freund! Ich hatte bis jetzt vergebens Ihre Rückkehr erwartet. Ich habe darauf gehofft, wie aus das einzige Glück, das mir noch widerfahren kann. Mein Herz verlangt darnach, sich vor Ihnen zu öffnen, seine Falteln meiner Seele soll Ihnen verborgen bleiben; ganz und ungeteilt sollen Sie mich kennen. Ich bin gewiß, Sie werden mich nicht verdammen, Sie werden den Schriftsteller billigen, den ich zu tun gedachte. O! wünschen Sie, was ich für Sie empfand in der Stunde unseres Begegnens; wünschen Sie, mit welchen Gefühlen ich an Sie denke! Sie haben mich vor schwarem Verbrechen bewahrt. Eiserne Furcht, Verzweiflung durchtobten mich, ich war zu dem Neukreisen bereit. Da kamen Sie wie mein guter Engel, zu meinem Schutzgeist blieb ich an Ihnen empor!“

So weit hatte Caroline zitternd gelesen, als sie das Rullen eines Wagens hörte. Sie steckte den Brief in das Kästchen, machte dies geschickt wieder zu und zückte, es auf den Schreibtisch ihres Mannes zu legen, der gleich darauf in das Zimmer trat.

Er langte hastig nach dem Briefe seiner Frau und sah mit Überraschung, daß sie alle seine Vorschläge verworfen. Das hatte er nicht erwartet, er begriff nicht, was sie mehr verlangen könnte. Die neuen Hindernisse verhinderten ihn, mehr noch die Art, in welcher der Brief geschrieben war. Mit der solten Gewohnheit des Geschäftsmannes öffnete er das andere Schreiben und las es mit immer wachsender Teilnahme und Rührung. Nach der

